

Montagsdemos müssen nicht mehr Teil des Denkmals sein

Nach dem Wettbewerbs-Debakel im Mai wird es ein neues Wettbewerbsverfahren für das Berliner Freiheits- und Einheitsdenkmal geben. Das ursprüngliche Konzept, alle historischen Komponenten der deutschen Freiheitsbewegungen zu berücksichtigen, wird dabei deutlich vereinfacht.

Von Sabine Beikler

„Wir werden uns konzentrieren auf die friedliche Revolution 1989 und auf die Wiedervereinigung“, sagte Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) gestern im Kulturausschuss des Bundestags. Zeitliche Vorgaben gebe es nicht, denn: „Wir sind nicht in Zeitnot. Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden.“ Ursprünglich sollte der Sieger-Entwurf zum 20. Jahrestag des Mauerfalls kommenden November vorgestellt werden. Am Standort des Denkmals auf der Schlossfreiheit hält die Bundesregierung allerdings fest, das sei Bundestagsbeschluss und „dabei wollen wir bleiben“, sagte Neumann.

Der Kulturausschuss votierte mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und FDP gegen Grüne und Linke für das vorgestellte Verfahren. Linkspolitikerin Luc Jochimsen kritisierte die Standortentscheidung, die Grünen-Abgeordnete Undine Kurth das „ohnehin schon verkorkste Verfahren“. Ungeachtet dessen kündigte Neumann an, es werde einen zielgerichteten Einladungswettbewerb mit einem vorgeschalteten offenen Bewerberverfahren geben. Die Eignungskriterien werden vom Bund als Auslober festgelegt, um einzig qualifizierte Bewerber zu gewinnen. Auch Teilnehmer aus dem ersten Verfahren sollen es laut Neumann aber noch einmal versuchen können. Ein Auswahlgremium aus Fachleuten wählt dann aus den eingegangenen Bewerbungen 20 bis 30 Künstler aus. Diese Teilnehmer bestreiten daraufhin den Wettbewerb. Anschließend bewertet eine Jury „auch mit Vertretern des Bundestags“ die eingegangenen Entwürfe.

Im Gegensatz zur ersten Vorgabe wird dieses Mal auf einen Bezug zu Leipzig und den dortigen Montagsdemonstrationen vor der Wende verzichtet. Leipzig soll stattdessen ein eigenes Denkmal erhalten. Damit für die Künstler die „Bewältigung der Gestaltungsaufgabe“ für das Berliner Denkmal leichter wird, fällt beim neuen Wettbewerb auch die Einbeziehung eines „Orts der Information“ weg. Stattdessen soll auf das in der Nähe liegende Deutsche Historische Museum verwiesen werden.

Die offene Debatte über den vorgesehenen Standort am Schlossplatz auf dem Sockel des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Denkmal sei gut, sagte **Monika Grütters**, CDU-Bundestagsabgeordnete und Obfrau im Kulturausschuss. In Abwägung eines Denkmals zwischen Reichstag und Schloss sei sie für den Standort am Schlossplatz. Auch Bundestagsvizepräsident und Mitjuror Wolfgang Thierse (SPD) plädierte für die Schlossfreiheit und für das neue Verfahren. Das erste Konzept sei „ideell überfrachtet“ gewesen, meinte er. Mit der Errichtung des Denkmals könne man sich jetzt Zeit lassen. „Qualität geht vor Tempo“, so Thierse.

Erschienen: Tagesspiegel, 02.07.2009.